

## Informationen zur politischen Situation in der Stadt

### Bürger und Beisassen:

Anders als heute war man früher nicht automatisch „Bürger“ oder „Bürgerin“, wenn man nach Frankfurt zog. Bürger zu werden war nicht einfach, denn das musste erst bei der Stadtregierung, dem „Rat“, beantragt werden. Wenn der Rat dem zugestimmt hatte, schwor man schließlich den Bürgereid und zahlte das Bürgergeld. Als Bürger durfte man Häuser besitzen, Handel treiben und in eine Zunft eintreten.

Auch Frauen konnten „Bürgerin“ werden. Dieser Rechtsstatus war aber fast immer an den Ehemann gebunden.

Auch war es möglich, das Bürgerrecht als Zugezogene\*r zu bekommen. Gebürtige Frankfurter\*innen aber wurden bevorzugt: Unter eingessessenen Frankfurter Familien vererbte sich das Bürgerrecht.

- 10 In Frankfurt haben also auch sehr viele Menschen gelebt, die nicht das Bürgerrecht hatten. Diese nannte man „Beisassen“. Sie hatten für die Dauer ihres Aufenthalts zwar alle Pflichten eines Bürgers (z. B. Steuern zahlen oder Wachtdienst), nicht aber alle Rechte. Zum Beispiel konnten sie nicht Mitglied im Rat werden.

### Stättigkeit:

Mit dem Begriff Stättigkeit wurde vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert hinein der besondere Status der Jüdinnen und Juden innerhalb der städtischen Gesellschaft bezeichnet. Die Stättigkeit war an Eigentum geknüpft und sicherte den Jüdinnen und Juden ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Frankfurt zu. So schützte sie sie vor Vertreibungen und Verfolgungen. Allerdings galt sie nur für die einheimischen Jüdinnen und Juden, die in die Stättigkeit aufgenommen worden waren, nicht für die fremden Jüdinnen und Juden, die sich nur vorübergehend in Frankfurt aufhielten.

- 10 Innerhalb der städtischen Gesellschaft waren Jüdinnen und Juden besonderen Beschränkungen unterworfen. Sie mussten in der engen Judengasse leben, die sie nachts und an Sonn- und Feiertagen nicht verlassen durften. Sie hatten keinen Anteil an der politischen Macht in der Stadt und waren in ihrer beruflichen Betätigung, insbesondere im Handel, vielfachen Beschränkungen unterworfen. Hinsichtlich ihrer internen Angelegenheiten wurde der jüdischen Gemeinde von der Stättigkeitsordnung dagegen eine weitgehende Selbstverwaltung zugebilligt. Sie hatte zum Beispiel eigene Gerichte, um interne Konflikte zu lösen.

### Handwerk, Zünfte und die Stadtregierung:

Viele Frankfurter übten um 1600 ein Handwerk aus. Es gab reiche und arme Handwerke. Zu den reichen Handwerken zählten z. B. Bierbrauer, Bäcker und Metzger und zu den armen Handwerken Fischer und Töpfer. Die Betriebe waren sehr klein, meistens bestanden sie nur aus dem Meister und höchstens drei Gesellen oder Lehrlingen.

- 5 Nahezu jedes Handwerk war in einer sogenannten Zunft organisiert. Jeder Handwerksberuf bildete eine eigene Zunft mit eigenen Regeln und Bräuchen. In erster Linie sollten die Zünfte die Produkte des Handwerks vor Konkurrenz schützen. Einige Handwerke durften nur Mitglieder der Zunft ausüben. Oft beschwerten sich im 16. Jahrhundert die Zünfte bei der Stadtregierung über Fremde, weil diese zum Beispiel Konkurrenzprodukte auf dem Markt anboten.
- 10 Die Zünfte stellten etwa ein Drittel der Stadtregierung. Die anderen zwei Drittel wurden von reichen und alteingesessenen Frankfurtern, den sogenannten Patriziern, besetzt. Die Patrizier bestimmten unter sich, wer an der Regierung beteiligt wurde. Die Stadtregierung bildete hierzu „Bänke“, von denen die erste und zweite mit Patriziern, die dritte mit Handwerksmeistern besetzt war.

### **Lutheraner und Reformierte:**

Im 16. Jahrhundert, genauer gesagt während der Reformationszeit, teilten sich die Protestant\*innen in Lutheraner\*innen und Reformierte ein. Lutheraner\*innen folgten den Lehren Martin Luthers, Reformierte denen Johannes Calvins. Die beiden Glaubensrichtungen hatten kein gutes Verhältnis zueinander.

- 5 Um das Jahr 1550 flohen viele Reformierte aus Frankreich und den Spanischen Niederlanden, dem heutigen Belgien, nach Deutschland, um dort ihren Glauben frei ausüben zu können.

In Frankfurt war im 16. Jahrhundert das Luthertum quasi Staatsreligion. Somit hatten Reformierte, aber auch die Katholik\*innen es in der Stadt schwer. Zwar konnten prinzipiell alle Christ\*innen Bürger\*innen der Stadt werden, aber nur Lutheraner wurden an der Regierung beteiligt.